

INTERGLOBAL

BERGBAU IN PERU

Pandemie lässt Konflikte aufbrechen

Knut Henkel

Die Corona-Pandemie macht strukturelle Defizite und die fehlende Präsenz des Staates in den peruanischen Bergbauregionen sichtbar. Das heizt die Konfrontation zwischen der lokalen Bevölkerung und der Minengesellschaften an.

Am 3. September hat in der Andenprovinz Espinar im südlichen Peru im Konflikt um die Bergbaumine Antapaccay eine neue Verhandlungsrunde begonnen. Laut Jaime Borda, Koordinator von „Red Muqui“, dem Netzwerk der Entwicklungsorganisationen, könnte das dafür sorgen, dass jüngst wieder aufgeflamnte Auseinandersetzungen langfristig befriedet werden. „Doch einfach wird das nicht“, meint Borda. „Zu oft wurde die Bevölkerung hingehalten, Verträge wurden nicht eingehalten und Klagen der lokalen Gemeinden nicht ernstgenommen.“

Red Muqui unterstützt Gemeinden im Konflikt mit Bergbauprojekten; Borda war bereits im August bei der ersten Verhandlungsrunde vor Ort. Espinar, rund drei Fahrtstunden von der alten Inka-Hauptstadt Cusco entfernt, liegt auf knapp 4.000 Meter Höhe und die kargen Böden geben nicht viel her. Doch der Reichtum der Region liegt unter der schmalen Humusschicht. Seit mehr als dreißig Jahren wird hier abgebaut, was sich

in jedem Stromkabel befindet: Kupfer.

Tintaya heißt die erste Mine, die in der Region einen tiefen Krater hinterließ. Antapaccay ist nun die zweite Abbaustätte, in der seit sieben, acht Jahren rund zehn Kilometer von Espinar entfernt Kupfererz gefördert wird. Der Schweizer Rohwarenkonzern Glencore betreibt die Mine und will sie in den nächsten Jahren weiter ausbauen (siehe auch unseren Artikel „Neokoloniale Landnahme“ über die Aktivitäten von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo in der woxx 1536).

Dieses neue Projekt mit dem Namen Coroccohuayco soll im Zuge der nun begonnenen Verhandlungen auf den Weg gebracht werden, sofern es nach den Plänen der Konzerns und der peruanischen Regierung geht. Doch in den letzten Wochen flammte der alte Konflikt um die Mine wieder auf. Von Mitte Juli bis Anfang August, 24 Tage lang, bestreikten die Bewohner die Mine, ließen Fahrzeuge mit Material und Minenarbeiter nicht durch. Die Leitung der Mine hatte sich zunächst geweigert, der lokalen Bevölkerung die Einmalzahlung von 1.000 Soles, rund 235 Euro, pro wahlberechtigter Person aus dem regionalen Entwicklungsfonds zur Unterstützung während der Corona-Pandemie zuzugestehen.

Für die arme, vorwiegend aus Nachkommen der Inka bestehende Bevölkerung war das ein Affront. Das Geld aus dem von der Mine gespeisten Entwicklungsfonds stehe ihnen schließlich zu, und in der durch die Pandemie ausgelösten Notsituation sei die Unterstützung nur recht und billig, argumentierten lokale Organisationen wie das „Comité de Lucha de Espinar“ (Komitee des Kampfes von Espinar) und riefen zum Streik auf.

Laut Jaime Borda hat die brüske Weigerung der Mine das Klima vergiftet. „Am 22. Juli wurden fünf Demonstranten verletzt, drei davon durch Polizeikugeln“, kritisiert der Mann, der lange für eine Menschenrechtsorganisation in Cusco gearbeitet hat. Schon bei früheren Konflikten, mit mehreren Todesopfern war er in Espinar vor Ort. Immer geht es im Kern um drei Punkte: um die Umweltfolgen des Bergbaus, die Nichteinhaltung von Vereinbarungen seitens der Mine sowie um das repressive Vorgehen der Polizei, gepaart mit der Abwesenheit staatlicher Kontrollbehörden.

Typische Probleme im peruanischen Bergbau, und zumindest für den letzten Punkt, den Polizeieinsatz, musste sich Innenminister Jorge Montoya Pérez Mitte August im Parlament verantworten. Warum die Polizei gleich bei zwei Bergbaukonflikten

zur Waffe gegriffen habe, fragten ihn die Abgeordneten der Kommissionen für indigene Völker und für soziale Inklusion. Ob die Polizei in Peru zu schnell zur Waffe greife, im Interesse der Bergbaukonzerne agiere oder gar von den Minen bezahlt würden, lauteten die unbequemen Fragen an den Minister.

Immer geht es im Kern um die Umweltfolgen des Bergbaus, nichteingehaltene Vereinbarungen und um das repressive Vorgehen der Polizei.

Laut einer Analyse der Menschenrechtskoordination Perus sind sie durchaus berechtigt, denn Tote bei Bergbaukonflikten hat es in dem Land immer wieder gegeben. Zuletzt am 8. August, als drei indigene Demonstranten durch Polizeikugeln bei Protesten rund um ein Erdöl-Camp in der Amazonas-Region von Loreto starben. Weitere elf Demonstranten sowie sieben Polizisten wurden dort verletzt.

Die beiden Fälle, die in Peru Schlagzeilen machten, weisen durchaus Par-



Rund 12.000 Bergarbeiter sollen sich in den vergangenen Wochen in der peruanischen Andenregion Espinar mit dem Coronavirus infiziert haben: Mahlwerk zur Kupfergewinnung in der Mine Antapaccay.

allelen auf. „In beiden Regionen ist die Regierung kaum präsent, die Ansiedlung der Förderunternehmen erfolgte fast nie einvernehmlich und sie werden kaum kontrolliert“, sagt José de Echave, ehemaliger Vize-Umweltminister und Experte der Entwicklungsorganisation „CooperAcción“.

Hinzu kommt, dass in beiden Regionen vor allem indigene Ethnien leben, die meist kein Spanisch sprechen, große Erwartungen mit den Bergbauprojekten verbinden und dann enttäuscht werden. Fehlende Transparenz ist dafür genauso mitverantwortlich wie Vereinbarungen mit den Förderunternehmen, die allzu oft nicht eingehalten werden. In Loreto sind es Abkommen zur Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung, deren Nichteinhaltung mitten in der Pandemie doppelt schwer wiegt, so Melania Canales Poma, Vorsitzende der indigenen Frauenorganisation Onamiap. Sie engagiert sich für bessere Strukturen in den Gemeinden, eigene Organisationen, Institutionen und mehr Autonomie - ebenso wie für mehr Partizipation von Frauen.

Die Gesundheitseinrichtungen sind in den ländlichen Regionen noch schlechter ausgestattet als in den Städten, und mit der Arbeit im Bergbau geht auch ein erhöhtes Risiko einer Corona-Infektion einher. Laut

Gewerkschaftsangaben sollen sich in den vergangenen Wochen rund 12.000 Bergarbeiter infiziert haben. Sie könnten für die Verbreitung des Virus in den Anden und in der Amazonasregion mitverantwortlich sein.

In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Infizierten in Peru auf insgesamt mehr 657.000 Personen emporgeschwollen, doch die Regierung hält die Zahl der infizierten Minenarbeiter unter Verschluss. In den abgelegenen Regionen des Landes sorgt das für Unsicherheit und Ängste, sagt Jaima Borda. „Die Regierung agiert intransparent; auch die sanitären Schutzbestimmungen für und von den Minen sind nicht öffentlich zugänglich.“ Zudem werde deren Umsetzung in den seltensten Fällen von staatlichen Behörden kontrolliert.

Der Bergbau ist in Peru die Lokomotive der Wirtschaft, generiert rund 60 Prozent der Exporteinnahmen und gehört zu den Wirtschaftssektoren, die als existenziell wichtig eingestuft sind. Selbst während des Lockdowns wurde hier weitergearbeitet.

Für Borda ist das zumindest problematisch. Die Entscheidung dazu hat die jüngsten Konflikte mit angeheizt, die bereits seit Jahren schwelen. Denn nicht erst seit der Coronapandemie steht die Gesundheit der Menschen in der Region auf dem Spiel: In Espinar

wurden bereits 2012 in Urin- und Blutproben der lokalen Bevölkerung, aber auch in entnommenen Wasser- und Bodenproben erhöhte Schwermetallwerte festgestellt, die zum Teil um ein Vielfaches über den national zulässigen Grenzwerten lagen. Umfassende Untersuchungen hat es jedoch im Anschluss nicht gegeben.

„Die Regierung hat die lokale Bevölkerung im Stich gelassen“, kritisiert Borda. „Sie priorisiert die privaten Investitionen auf dem Rücken der Bevölkerung und toleriert, dass die Mine jegliche Verantwortung für die erhöhten Laborwerte ablehnt.“ Bei den nun begonnenen Verhandlungen soll auch über diesen Aspekt diskutiert werden und Borda ist froh, dass der neue Bergbau- und Energieminister Luis Incháustegui, der sein Amt Anfang August angetreten hat, anders auftritt als sein Vorgänger. „Er kann zuhören, agiert nicht von oben herab, aber er vertritt die Linie der Regierung“, meint er.

Die habe vor allem die großen Unternehmen im Blick, ob bei der Vergabe von Aufträgen für Nahrungsmittelhilfe für bedürftige Familien oder bei den staatlichen Investitionen, kritisieren Entwicklungsexperten wie Carlos Herz, der für eine Bildungseinrichtung in Cusco arbeitet. „Von großen Nahrungsmittelkonzernen hat die Regierung Hilfspakete zusammenstellen

lassen, Kleinbauern und Kooperativen wurden auf nationaler, aber auch auf regionaler Ebene kaum bedacht“, kritisiert er. Das hat die Situation in den ländlichen Regionen zusätzlich verschärft.

Ein Grund mehr, weshalb viele Organisationen in Espinar die einmalige Hilfszahlung aus dem regionalen Entwicklungsfonds gefordert hatten, die bei den Verhandlungen Mitte August zwischen der Minenverwaltung, Minister Luis Incháustegui und den Organisationen letztlich doch noch freigegeben wurde. „Das Geld wird über eine Bankkarte ausgezahlt und nur bestimmte Produkte können damit gekauft werden“, sagt Borda. Der Kompromiss hat dazu geführt dass sich die Lage schließlich beruhigt hat. Die grundsätzlichen Probleme sind jedoch weiterhin ungelöst und werden die jetzigen Verhandlungen dominieren. Mehrere der lokalen Organisationen fordern detaillierte Untersuchungen, Entschädigungen von der Mine und mehr Transparenz. Doch wie so oft gibt es eine Fraktionierung innerhalb der Bevölkerung, so Borda. Das könnte der Mine, die der wichtigste ökonomische Faktor der Region ist, in die Karten spielen.